

Brief an die Bundeskanzlerin

zur Aktion „WTO - Weltweit Taube Ohren?“ des Bündnisses *Gerechtigkeit jetzt!*



Sehr geehrte Frau Merkel,

vom 6. bis zum 8. Juni 2007 treffen sich in Heiligendamm nahe Rostock die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen zum G8-Gipfel. Die G8-Staaten bestimmen wesentlich die internationalen Handelsregeln, die einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung in den armen Ländern haben. Dabei setzen sie – wie die Bundesregierung auch – einseitig auf Handelsliberalisierung, sei es in der WTO, bei IWF und Weltbank oder im Rahmen von regionalen beziehungsweise bilateralen Handelsabkommen. Die zum Teil schwerwiegenden Folgen dieser Politik für Umwelt und arme Menschen bleiben weitestgehend unberücksichtigt. In Freihandelsabkommen zwischen wenig entwickelten und hoch entwickelten Ländern sind die Schwächeren die Verlierer.

Darunter leiden besonders die Armen. Das Schicksal von Vekwusi Margaret Nkume, einer Geflügelzüchterin aus Kamerun, steht stellvertretend für viele. Frau Nkume hat 1995 ca. 100 Euro investiert, damit in zwei Monaten 100 Hühner gezüchtet und diese für 230 Euro verkauft. „Ein gutes Geschäft“, wie sie selbst sagt. So lange, bis die EU im Jahr 2000 damit begann, gefrorene Hähnchenteile nach Kamerun zu exportieren – und mit diesen Billigexporten lokale Produzenten vom Markt zu drängen. Frau Nkume klagt: „Ich bin auf meiner Produktion sitzen geblieben und habe alles verloren. Das Geld, das ich erwirtschaftet habe, fehlt. Meine Kinder können nicht mehr regelmäßig die Schule besuchen, weil wir das Schulgeld nicht bezahlen können.“

Die Existenzgrundlage von Frau Nkume und ihren Kindern wurde zerstört. Leider kein Einzelfall. Die weitgehende Öffnung der Märkte, die maßgeblich auch von der Bundesregierung vorangetrieben wird, trifft letztlich kleinbäuerliche Betriebe in Industrieländern und die Armen in Entwicklungsländern. Die Möglichkeiten, die die Welthandelsorganisation lässt, um Kleinbauern etwa in afrikanischen Ländern vor Billigimporten zu schützen, sind bei weitem nicht ausreichend. Während Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung im Süden bedroht sind, haben die Industrieländer durchgesetzt, ihre exportorientierte Dumpingpolitik weiter fortführen zu können. Die Subventionierung wachstums- und exportorientierter Formen der Landwirtschaft drängt die bäuerliche Landwirtschaft auch global an den Rand der Existenz und verhindert eine umwelt- und sozialverträgliche ländliche Entwicklung.

Die Debatten um Zölle für Industriegüter gehen unseres Erachtens ebenfalls in die falsche Richtung. Hier setzt sich die Bundesregierung sowohl innerhalb der WTO als auch in bilateralen Verhandlungen zusammen mit anderen Industrieländern vehement dafür ein, dass die armen Länder ihre Zölle stärker als die reichen senken müssen. Die Entwicklungsländer sollen ihre Märkte für unsere Produkte öffnen. Dass viele einheimische Firmen im Süden dem Wettbewerb mit multinationalen Konzernen nicht standhalten können und ihren Betrieb werden schließen müssen, wird billigend in Kauf genommen. Auch scheint vergessen zu sein, dass die heutigen Industrienationen im Laufe ihrer Entwicklung den Schutz ihrer Märkte durch Zölle als ein wichtiges Instrument zum Aufbau und zur Stärkung ihrer Wirtschaft einsetzten.

Ähnlich bei Dienstleistungen. Mit Deutschland an der Spitze drängen die Industrieländer darauf, dass die Entwicklungsländer ihre Märkte öffnen. Dabei ist, wie im Bereich der Liberalisierung der Wasserversorgung bereits vielfach vorgekommen, abzusehen, dass in den meisten Fällen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegenüber Konzerninteressen zurückstehen müssen.

Bei Rechten an geistigem Eigentum sind gleichfalls vielfach die Ärmere die Leidtragenden. Dies wird besonders deutlich bei Pharmapatenten. Patentierte Medikamente können sich gerade arme Menschen nicht leisten, die Patentregeln in der WTO erschweren ihnen den Zugang zu erschwinglichen Nachahmerpräparaten. Auch bei Patenten auf Saatgut steht das Interesse der Konzerne vor den Rechten der Bauern. Die Regeln zu Patenten und anderen geistigen Eigentumsrechten im TRIPS-Abkommen der WTO bevorzugen die Interessen der Reichen als Instrument zur Absicherung ihrer Investitionen, sie vernachlässigen die Rechte der Armen und stellen für arme Länder ein Entwicklungshindernis dar.

Wesentlich verantwortlich für diese ungerechten Verhältnisse sind die Industrieländer. Die in Heiligendamm beim G8-Gipfel versammelten Staats- und Regierungschefs tragen durch ihre Politik der Handelsliberalisierung erhebliche Mitverantwortung für die Not vieler Menschen und die weitere Zerstörung der Umwelt.

Wir fordern dagegen eine Handelspolitik, die einen Beitrag zu globaler Gerechtigkeit, zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und zur Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen leistet. Statt einseitiger Liberalisierung fordern wir eine Politik, die Umweltschutz, Menschenrechten und der Überwindung der Armut Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einräumt.

Das heißt zum Beispiel, dass das Menschenrecht auf Wasser Vorrang hat vor der Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung, dass Ernährungssouveränität und der Schutz kleinbäuerlicher Betriebe nicht der Liberalisierung der Agrarmärkte geopfert werden dürfen, Umweltabkommen Vorrang vor Handelsregeln haben und das Menschenrecht auf Gesundheit nicht durch Pharmapatente beschnitten werden darf.

Dies sind wichtige Elemente einer Welthandelspolitik, die eine Alternative zur herrschenden Liberalisierungsagenda der G8-Staaten darstellt. Wir fordern Sie als Gastgeberin des G8-Gipfels in Heiligendamm dazu auf, sich für eine solche Politik einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Erstunterzeichner des Briefes sind:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Aktion 3. Welt Saar, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, BanaFair, Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag, Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Christliche Initiative Romero, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, Deutsche Kommission Justitia et Pax, DGB Bildungswerk, Deutscher Naturschutzring, Evangelischer Entwicklungsdienst, Evangelische Gemeinde Heiningen, Forum Umwelt und Entwicklung, INKOTA-netzwerk, Katholische Landjugendbewegung Deutschlands, Oxfam Deutschland, SÜDWIND, Terre des Hommes, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen, WEED, Welthaus Bielefeld, Weltladen-Dachverband